

Das Medibüro Kiel hat auf Grundlage seiner Erfahrungen und seines Wissens Wahlprüfsteine zur Kieler Kommunalwahl 2013 verfasst. Die Antworten der Parteien werden veröffentlicht.

1. In unserer Stadt leben Menschen, die eine Krankenversicherung nicht bezahlen können oder aufgrund eines fehlenden Aufenthaltsstatus nicht in Anspruch nehmen können. Diese Menschen sind derzeit vom Menschenrecht auf Gesundheit ausgeschlossen. Die Bundes- und Landesebene wird in absehbarer Zeit keine Regelungen zur Abhilfe verabschieden.

a) Haben Sie ein kommunalpolitisches Konzept, um hier Abhilfe zu schaffen?

Als Sozialdemokraten_innen ist es unsere feste Überzeugung, dass eine gute medizinische Versorgung nicht von finanziellen Mitteln oder dem Fehlen eines geregelten Aufenthaltsstatus abhängig sein darf, so dass der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen auch jedem_r möglich sein muss. In unserem Kommunalwahlprogramm nennen wir als Zielsetzung, langfristig allen Menschen ohne Krankenversicherung den notwendigen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. In Einzelfällen haben wir uns bisher auch bei der städtischen Verwaltung für unbürokratische akute Hilfen stark gemacht.

b) Welche Maßnahmen auf kommunaler Ebene werden Sie im Falle eines Wahlsieges umsetzen, um Abhilfe zu schaffen? Bzw. was hat Ihre Fraktion/Partei in Regierungsverantwortung bisher umgesetzt, um Abhilfe zu schaffen?

Bereits im August 2012 haben wir im Sozialausschuss die Verwaltung gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Versorgung nicht krankenversicherter Kinder und Schwangerer zu gewährleisten. Wir werden außerdem in die Ratsversammlung am 25.4. einen Antrag einbringen, um diesen beiden Gruppen zu helfen. Hierzu möchten wir aufgrund der angespannten Haushaltslage der Landeshauptstadt Kiel das Engagement von Kieler Institutionen und Einwohnern bündeln, indem wir mithilfe dieser einen Fonds einrichten, aus dem Hilfebedürftigen Unterstützung gewährt werden kann.

Auch wenn wir es für richtig halten, konkret in der Landeshauptstadt Kiel Hilfe zu leisten, darf nicht unterschlagen werden, dass die Probleme ursächlich an anderer Stelle - in Land, Bund und Europa - zu lösen sind und wir vor Ort nur Symptome bekämpfen können. Die Situation nichtkrankenversicherter Deutscher muss dringend auf Bundesebene thematisiert werden. Gleiches gilt für den Zugang zum Gesundheitssystem für Menschen ohne Papiere. Wir werden als Kieler SPD versuchen, auf dieser Ebene Einfluss zu nehmen. Menschen aus den so genannten neuen EU Ländern bedürfen europäischer Maßnahmen, um grundlegende Besserungen herbeizuführen. Wir als Kieler SPD setzen uns in unserem Kommunalwahlprogramm aber dafür ein, dass Beratungsangebote in Kiel geschaffen werden, die auf die Belange von Neu-EU-Bürgern_innen spezialisiert sind, um sowohl Hilfestellungen im täglichen Leben als auch in speziellen Fragen, wie Möglichkeiten der Krankenversicherung oder dem Zugang zu Sozialleistungen etc. zu geben.

c) Ist die Umsetzung dieser Maßnahmen für Sie in Koalitionsverhandlungen von entscheidender Bedeutung?

Wir sind zuversichtlich, dass wir die Weichen für eine Lösung noch in dieser Legislaturperiode stellen können. Sind erst einmal Strukturen wie der genannte Fonds zur Unterstützung von Schwangeren und ungeimpften Kindern geschaffen, ist zukünftig eine Erweiterung der Zielgruppen denkbar und möglich.

2. In der Kampagne „Ein fairer Start ins Leben – für alle“ fordert das Medibüro Kiel eine Kostenübernahme für Schwangerschaftsvorsorge, sichere Entbindungen und die öffentlich empfohlenen Kinderimpfungen durch die Stadt Kiel.

a) Unterstützen Sie diese Forderungen?

Ja. In unserem Kommunalwahlprogramm sprechen wir uns dafür aus, diesen Menschen zu helfen. Wir als Sozialdemokraten_innen verstehen es als Pflicht, diejenigen zu unterstützen, die unsere Hilfe benötigen. Wie unter Punkt 1 ausgeführt, haben wir uns in der Vergangenheit in Kiel um diese Menschen gekümmert. Wir tun dies durch den genannten Antrag auch jetzt und werden es weiterhin in Zukunft tun.

b) Welche Form der Kostenübernahme schlagen Sie vor? Wollen Sie dafür einen eigenen Haushaltstitel einrichten?

Siehe Punkt 1b)

c) Ist die Umsetzung dieser Maßnahmen für Sie in Koalitionsverhandlungen von entscheidender Bedeutung?

Wir gehen davon aus, dass bei einer erneuten Koalition mit den GRÜNEN und dem SSW in dieser Frage nur marginale Unstimmigkeiten herrschen werden, da über das Projekt schon ausgiebig verhandelt wurde.

3. Viele Städte haben Maßnahmen zur medizinischen Versorgung von Illegalisierten und nicht versicherten EU-BürgerInnen umgesetzt.

a) Wie wollen Sie das Menschenrecht auf medizinische Versorgung für diese Gruppen sichern?

Wie zuvor ausgeführt, gibt es auf kommunaler Ebene keine Möglichkeiten, Grundlegendes an der Situation Illegalisierter oder der EU-Bürger_innen zu ändern. Ebenso haben wir uns bereits dafür ausgesprochen, so weit möglich auf Bundes-, Landesebene und Europa einzuwirken. Möglichkeiten, die sich uns kommunal bieten, wollen wir in der oben dargestellten Weise ergreifen.

b) Welche Form der Finanzierung schlagen Sie vor?

Für Landes- und Bundesebene ebenso wie für den europäischen Rahmen können wir über die Finanzierungsmöglichkeiten keine Aussagen treffen. Auf kommunaler Ebene halten wir die angesprochene Möglichkeit als Übergangslösung für sinnvoll.

4. In Kiel, wie auch in anderen deutschen Großstädten, leben Menschen aus den neuen EU-Ländern teilweise unter sehr prekären sozialen Bedingungen. Sie haben noch keinen freien Arbeitsmarktzugang und gleichzeitig keine Möglichkeit in Notlagen Sozialleistungen zu beantragen. Auch hier sind auf EU-, Bundes- und Landesebene keine gesetzlichen Verbesserungen in Aussicht.

a) Was schlagen Sie vor, um Abhilfe zu schaffen? Bzw. was hat Ihre Fraktion bisher umgesetzt, um Abhilfe zu schaffen?

Wie zuvor unter Punkt 1 ausgeführt, wollen wir in Kiel Beratungsangebote schaffen, die auf die Situation von Neu-EU-Bürgern_innen spezialisiert sind. Diese Anlaufstellen sollen die Hilfesuchenden dabei unterstützen, sich in Kiel zurechtzufinden, aber auch bei rechtlichen Fragen wie beispielsweise der Klärung von möglichen Ansprüchen in den Herkunftsländern behilflich sein. Auch kann eine solche Einrichtung Neu-EU-Bürgern_innen möglicherweise dabei helfen, angemessenen Wohnraum zu finden. Wir sind zuversichtlich, dass diese Angebote auch im Sinne einer Willkommenskultur wirken und so einen Teil zur Integration beitragen werden. Die zuvor beschriebene geplante Versorgung von Schwangeren und ungeimpften Kindern ist ebenfalls eine Maßnahme, die vielen Familien aus den neuen EU-Ländern helfen wird. Als Sozialdemokraten_innen unterstützen wir den europäischen Gedanken. In unserem Kommunalwahlprogramm weisen wir darauf hin, dass wir die Anbindung Kiels an Europa verstärken wollen, um den Herausforderungen und Chancen, die ein zusammenwachsendes Europa bereithält, angemessen zu begegnen. In Kooperation mit dem Migranten_innen-Forum und Migrantenselbstorganisationen möchten wir die bereits weltoffene Landeshauptstadt Kiel auch europäisch noch weiter öffnen.

5. Das Medibüro Kiel setzt sich für die Streichung oder Änderung des sogenannten Übermittlungsparagraphen (§87 AufenthG) ein. Nach unserer Ansicht wäre das die beste Möglichkeit, um sogenannte Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsstatus nicht vom Menschenrecht auf Gesundheit auszuschließen.

a) Unterstützen Sie diese Forderung?

Als SPD Kreisverband Kiel haben wir in unserem Kommunalwahlprogramm hierzu keine Aussage getroffen, da es sich um ein Bundesthema handelt.

b) Wenn ja, welche nachhaltigen Maßnahmen werden Sie umsetzen, um diese Forderung auf Bundesebene zu erreichen?

Siehe 5 a)

6. Von politischer Seite wird immer wieder vorgebracht, dass die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und EU-Bürgerinnen nicht realisiert werden könne, weil die Haushaltslage der Stadt Kiel zu angespannt sei.

a) Wie stehen Sie zu dem „Dilemma“ Konsolidierung des Haushaltes Schuldenbremse versus Menschenrechte?

Menschenrechte dürfen nie finanziellen Überlegungen zum Opfer fallen. Es ist aber dennoch für Kommunen notwendig, Einsparungen vorzunehmen. Welche Bereiche davon betroffen sind, ist jedoch verhandelbar. Wir halten es für richtig, dass sich die Landeshauptstadt Kiel ihrer Verantwortung in dieser Beziehung stellt, auch wenn die Haushaltslage eine städtisch finanzierte Lösung nicht zulässt. Die Landeshauptstadt Kiel wird jedoch die angestrebte Lösung für Schwangere und ungeimpfte Kinder durch andere Maßnahmen unterstützen. Die Finanzierung von Kinderimpfungen, betreuten Schwangerschaften und Geburten in Krankenhäusern kann, so wie sie zurzeit vorgesehen ist, jedoch nur eine Zwischenlösung sein, die so lange Bestand haben muss, bis Land und Bund eine weitergehende Versorgung sicherstellen. Hierfür wollen wir uns einsetzen.